Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn in der Woche vom 8. b. 14. September 1600 000,— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 3500 000,— M. Einzelnummer 300 000,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespalt. Nonpareillezeile 400 000,— M., auswärts 480 000,— M., die 3gespalt. Reklamezeile 1 600 000,— M., ausw. 2 000 000,—, Ausl. 1 600 000 u. 4 800 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. Für Briefniederleg. 100 000 M.

Nr. 211 | Dresden, Montag den 10. September 1923 | 34. Jahrg.

Ein Fortschritt zu Verhandlungen

Dem Zeitpunkte der einmal kommenden Verhandlungen über die Reparations- und Ruhrfrage scheint man am gestrigen Sonntage eine Minute näher gerückt zu sein. Ministerpräsident Poincaré hat in seiner üblichen Kriegerdenkmalsenthüllungsrede einen Ton angeschlagen, der nicht mehr schroff verhandlungsfeindlich klang. Zwar fordert Poincaré unentwegt die Unterwerfung durch Aufgabe des passiven Widerstandes, zwar erklärt er, daß er andre Pfänder als das Ruhrgebiet und die rheinischen Eisenbahnen ablehne, aber er gibt doch zu, daß andre Sicherheiten möglich seien, wenn sie nur eben von Frankreich als Sicherheiten empfunden würden — und ferner, daß wirtschaftliche Verständigung zu erzielen sei, weil sie notwendig ist. Wenn Deutschland genügende Sicherheiten gäbe, so würde Frankreich Wirtschaftsverträge abzuschließen bereit sein. Das ist ein Anfang auf dem Wege zur Verständigung, der nun energisch beschritten werden muß. Wirtschaftsabkommen sind unbedingt notwendig, da Erz und Kohle aufeinander angewiesen sind. Und wenn das Reich nicht schleunigst diese wirtschaftlichen Verständigungsabkommen schließt, so schließen sie die Industriellen, wie aus den weiter unten folgenden Kölner Enthüllungen zu entnehmen ist. Wird der Weg der Verhandlungen erst beschritten, so wird auch das ganze Reparationsproblem in Angriff genommen werden. Eins folgt aus dem andern und eins bedingt das andre. Die Reichsregierung muß jetzt ein positives Angebot machen, auf daß die ersten Fühler zur Tat werden. Ein Berliner Telegramm besagt, daß Reichskanzler Stresemann in den nächsten Tagen auf Poincarés Rede antworten werde. In Regierungskreisen empfinde man diese Rede als einen Fortschritt. Sie ist es in der Tat, aber die Antwort Stresemanns muß nun sichere Festlegungen enthalten, auf daß die Verhandlungswilligkeit Frankreichs zwingend gemacht wird. Es steht zu wünschen, daß die Reichsregierung durch ihre nächste Kundgebung den von Poincaré und von Stresemann anerkannten Fortschritt vergrößern, ihn lebendig und unaufhaltsam machen möge.

Poincarés Erklärungen

Paris, 9. September. Ministerpräsident Poincaré hat bei Einweihung des Kriegerdenkmals in Damvillers eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte:

Wenn der Reichswirtschaftminister von Raumer oder der deutsche Finanzminister versichern, daß es für Deutschland eine finanzielle Heilung nur nach dem Ende des Kampfes im Ruhrgebiet gibt, so darf man ihnen die Antwort geben, daß, wenn dem so ist, sie die Heilung in der Hand haben. Sie müssen nur aufhören, Milliarden von Mark ins Ruhrgebiet zu werfen, um die Arbeiter zum Streik zu ermutigen. Ich höre allerdings, daß **der neue Reichskanzler uns jetzt andre Pfänder vorschlägt als das Ruhrgebiet und die Eisenbahnen der besetzten Gebiete. Aber wir ziehen es vor, etwas in der Hand zu haben, als einer Sache nachzulaufen.** Die Garantien, von denen man spricht, würden der allgemeinen Hypothek auf sämtlichen Besitz der deutschen Staaten, die der Versailler Vertrag den Alliierten gibt, nichts hinzufügen. **Wir ziehen die positiven Pfänder vor, die wir in der Hand haben,** und werden sie nicht gegen generelle Pfänder freigeben, die vielleicht auf dem Papier ausgezeichnet wären, deren Ertrag uns aber entgehen würde. **Wir wollen Realitäten und wir werden erst abziehen, wenn wir bezahlt sind.**

Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt nachdrücklich, daß **ein enges Zusammenwirken zwischen den einander ergänzenden Industrien Deutschlands und Frankreichs** eine ausgezeichnete Einleitung zur Regelung der Reparationen und zu einem endgültigen Friedensstatut wäre. Schon im Dezember vorigen Jahres hatte der damalige Reichskanzler Dr. Cuno mir durch seinen Botschafter Verhandlungen mit den deutschen Industriellen anbieten lassen, **um Abmachungen mit den französischen Industriellen vorzubereiten,** und es trifft allerdings zu, daß die Industrien der beiden Länder, da Deutschland Kohlen und wir Eisenerze fördern, eines Tages ein Interesse daran haben werden, **sich miteinander zu verständigen.** Aber die Franzosen warten, bis Frankreich bezüglich des Reparationsproblems Sicherheiten und Ergebnisse erlangt hat.

Wenn wir sehen, daß Deutschland auch richtig entschlossen ist, diese Fragen zu regeln und uns für unsre Sicherheit etwas andres als Versprechungen zu geben, dann werden wir ohne Voreingenommenheit die Möglichkeit ins Auge fassen, Wirtschaftsverträge abzuschließen. Aber dann möge Deutschland beginnen, sein Verhalten zu ändern und endlich seinen guten Willen zu zeigen! Der Ton hat sich geändert, und das ist trotz allem ein Fortschritt. Aber das Lied ist fast das gleiche geblieben. Wenn sich Deutschland noch retten will, so ist dazu noch Zeit.

Die Kapitalisten verständigen sich

Deutsche Schwerindustrielle und Franzosen verhandeln in Düsseldorf

Unser Kölner Parteiorgan meldet:

„Auffällige Meldungen, die der möglichen Lösung der Ruhrkrise ein ganz neues Gesicht geben, laufen durch die ausländische und inländische Presse. Nach diesen Nachrichten sind führende Männer der deutschen Wirtschaft, Stinnes-Sohn, Otto Wolff und Thyssen, in Verhandlungen mit den Franzosen eingetreten, um sich bei der künftigen Liquidation des Ruhrkampfes den ökonomischen „Anschluß" zu sichern."

Das amerikanische Blatt Neuyork Herald berichtet Einzelheiten über diese Verhandlungen. Es schreibt:

„Die Aera der Verhandlungen im Ruhrgebiet ist eröffnet worden. Das wichtigste Zeichen dafür ist der heimliche Besuch des Sohnes von Hugo Stinnes in Wiesbaden, wo er mit französischen Vertretern zusammentraf. . . . Stinnes erkundigte sich bei den Franzosen über das künftige System, das bei der rheinischen Eisenbahnregie eingeführt werden soll. Die Franzosen schlugen vor, daß nach der Lösung des gegenwärtigen Konflikts es holländischen, schweizerischen und deutschen Kapitalisten gestattet werden solle, als Minderheit der Aktienbesitzer an der Ausbeutung der Eisenbahnen teilzunehmen. Dieser Plan, der in Düsseldorf ausgearbeitet wurde, sei unter der Hand gewissen deutschen Industriellen mitgeteilt worden, um deren Anschauung kennenzulernen. Zu diesem Zwecke sei auch Hugo Stinnes-Sohn nach Wiesbaden gefahren. Er wünschte zu wissen, unter welchen Bedingungen Aktien der rheinischen Eisenbahnen von Deutschen erworben werden könnten. Man teilte ihm mit, daß deutsche Aktienbesitzer nur eine kleine Minderheit darstellen könnten. Die Mehrheit der Aktien wollten die Verbündeten untereinander aufteilen, und zwar in dem Verhältnis, in dem sie Entschädigungszahlungen von Deutschland erhielten. . . . .

In französischen und deutschen Kreisen hat man das Gefühl, daß das Ruhrproblem an der Ruhr selbst gelöst werden würde."

Bei der bestimmten Fassung scheinen Zweifel darüber ausgeschlossen zu sein, daß zwischen Kapitalisten hüben und drüben Fäden angesponnen sind. Solche Dinge sind nicht auf einmal da, sie erfordern Vorbereitung. Wenn die Angelegenheit schon so weit entwickelt ist, wie berichtet wird, dann ist der Anfang dazu bereits in der Zeit der Regierung Cuno gemacht worden. Die rheinische Eisenbahn-Regie ist ein Stück des Poincaré-Programms, das jene Differenzierung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet herbeiführen würde, die der Reichskanzler Dr. Stresemann in seiner Rede am 25. August **ausdrücklich abgelehnt** hat.

Die Reichsregierung wird sofort Klarheit schaffen müssen, was an den Mitteilungen Wahres ist. Wir aber wollen den Vorgang registrieren. Er ist ein schlagender Beweis dafür, wie auch jetzt wieder, wie im Kriege, **die Schwerindustrie einen Dolchstoß vorbereitet,** für den das kurzsichtige Bürgertum und die vom Großkapital ausgehaltenen Demagogen und Hetzer wieder die Sozialdemokratie verantwortlich machen werden.

Die Notwendigkeit positiver Vorschläge!

Vor wenigen Tagen verhandelte die Reichsregierung in Berlin mit Vertretern der besetzten Gebiete. Im Verlauf dieser Besprechungen haben die Herren Adenauer, Louis Hagen und Guerard das Bedürfnis gehabt, sich mehr oder weniger als starke Männer zu zeigen. Im Rheinland ist man über diese Art des Auftretens, wie uns jetzt ein eigener Drahtbericht aus Köln meldet, allgemein verwundert. Alles fragt sich, wer diese Herren berechtigt, im Namen der Rheinländer zu sprechen, zumal insbesondere Herr Adenauer und Herr Louis Hagen als Verfechter des passiven Widerstandes während der verflossenen neun Monate Ruhrkrieg nicht im geringsten hervorgetreten sind. Um so mehr muß ihr plötzlicher Vorstoß auffallen.

Jedenfalls muß erwartet werden, daß die starken Worte der genannten Herren den Reichskanzler nicht abhalten, **den einmal beschrittenen Weg der Verständigung weiterzugehen.** Er findet für diese Politik überall Verständnis. Außer den Gewerkschaften ist sich auch der Reichsverband der deutschen Industrie klar darüber, daß eine Besserung unsrer wirtschaftlichen Lage nur bei **einer schnellen erträglichen Beendigung des Ruhrkonflikts** zu erwarten ist und alle währungspolitischen Schritte auf die Dauer nutzlos sind, wenn eine Verständigung ausbleibt. Maßgebende Vertreter der Industrie des Ruhrgebietes und die Führer der Gewerkschaften im Westen haben dem Reichskanzler erst in den letzten Tagen in diesem Sinne ihre Auffassung zum Ausdruck gebracht. Selbst die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei aus den besetzten Gebieten sind einer derartigen Meinung, und wir wissen bestimmt, daß sie sich stark bemühen, ihre in der Etappe weilenden Führer von der wahnsinnigen Dolchstoßpropaganda abzuhalten. Vor allem haben auch die deutschnationalen Mitglieder des Staatsrates, der in den letzten Tagen Sitzungen in Berlin abhielt, auf die deutschnationale Führerschaft stark eingewirkt, um ihnen klar zu machen, daß ihre Dolchstoßpropaganda trügerisch ist und eine Erleichterung für das deutsche Volk nur **durch Rückkehr zur Produktion im Ruhrgebiet** möglich wird.

Die wirkliche Volksmeinung steht also mit der Politik der Reichsregierung im Einklang, falls sich Dr. Stresemann ernsthaft bemüht, den Konflikt an der Ruhr möglichst schnell zu einem erträglichen Ende zu führen. In erster Linie ist der Versuch fortzusetzen, Frankreich dahin zu bringen, daß es auf eine bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes verzichtet. Durch Zugeständnisse, die dazu notwendig sind, brauchen die belgischen und englischen Interessen nicht zurückzustehen. Die jetzt zu Tage tretende englische Nervosität ist deshalb unbegründet. Man muß hoffen, daß in der gekennzeichneten Richtung sich auch die Bestrebungen des Reichskanzlers bewegen und daß es dadurch möglich wird, das „Stadium der Fühler" zu überschreiten. Es wird nunmehr zweckmäßig sein, **durch positive schriftliche Vorschläge** in Paris, Brüssel und London die Aktion der Verständigung fortzusetzen und erfolgreich zu machen.

Ein neues Todesurteil

Gelsenkirchen, 8. September. Ein gewisser Raabe, der Urheber eines am 4. August verübten Handgranatenattentats durch das zwei französische Soldaten und drei deutsche Zivilpersonen verletzt wurden, ist heute vom französischen Kriegsgericht Düsseldorf **zum Tode verurteilt worden.** Raabe, Mitglied einer jungdeutschen Organisation, gab die Tat zu. Er hat anscheinend aus politischen Gründen gehandelt.

Gegen die Thüringer Geheimorganisationen

Weimar, 8. September. Das Pressеamt Thüringen teilt mit, daß das thüringische Ministerium des Innern den Wikingbund, die sogenannten Landsmannschaften und Knappenschaften, die sich als Fortsetzung der Organisation C (Brigade Ehrhardt) entpuppt haben, verbiete. In Gotha hat man bei den Wikingbündlern beweiskräftiges Material gefunden.

Stinnes diktiert den Zehnstundentag!

Die Zeiten des Durcheinanders, der Not und des Elends des Volkes sind für die politischen und wirtschaftlichen Desperados besonders verlockend, ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Die wirtschaftlichen Machthaber hassen nichts so sehr wie den Achtstundentag, weil er ihnen im Betriebe ein wenig die Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeitenden beschränkte. Und ausgerechnet in den schweren Tagen großer und stark anwachsender Arbeitslosigkeit machen die mächtigsten Diktatoren der deutschen Wirtschaft einen neuen frechen Vorstoß gegen den Achtstundentag.

Das führende Stinnesorgan, die Deutsche Allgemeine Zeitung, veröffentlicht an der Spitze ihrer Morgenausgabe vom Sonnabend in auffälliger Form einen Artikel über das Problem der Rettung Deutschlands. Nach der Vorrede, die die Redaktion diesem Artikel voranstellt, stammt er von Herrn Stinnes selbst. Der Aufsatz beschäftigt sich mit der Gesamtlage Deutschlands. Er gleitet über alle finanz- und währungspolitischen Fragen, über das wilde Treiben der Devisenspekulation, über die bewußte Sabotage aller Aktionen der Regierung durch verantwortungslose Individuen und Gruppen leicht hinweg. Das ist bei Herrn Stinnes begreiflich. Der positive Inhalt dieses Aufsatzes, das Ultimatum des Herrn Stinnes, ist in folgenden Sätzen gegeben:

„Wer dem deutschen Volke sagt, daß mit Besteuerung der sogenannten besitzenden Klassen der jetzige, über die Maßen gefährliche Zustand beendet werden kann, belügt sich und das Volk. Das deutsche Volk muß, wo immer es Arbeit gibt, sofort mindestens zwei Stunden länger und mit mindestens der gleichen Intensität arbeiten wie vor dem Kriege. Das ist kein Opfer, das vom arbeitenden Volke verlangt wird, sondern es ist das Gebot natürlichen Selbsterhaltungstriebes. **Wer sich heute noch dieser Erkenntnis in den Weg stellt, ist ein Narr oder ein Schädling am deutschen Volke. Er mordet dieses Volk,** indem er den längst als Verirrung erkannten Traum vom starren Achtstundentag und seine Parteidoktrin höher stellt als die Existenz unsres Volkes."

Der Ton des Diktators ist so dreist wie sein Diktum. Wer sich der Verlängerung des Achtstundentages um ein volles Viertel nicht fügt, ist ein Schädling. Kann man die Anmaßung noch höher treiben? Hier sieht man an einem treffenden Beispiel, wie Wirtschaftsmacht das Herrenmenschentum erzeugt. Herrn Stinnes und seinen Kollegen ist es egal, ob durch Arbeitszeitverlängerung der Arbeitenden die Arbeitslosigkeit sofort um den vierten Teil ihres hohen Grades noch vermehrt wird! Er fordert von der deutschen Arbeiterschaft mehr Arbeit, während gleichzeitig die Zahl der Schieber und Spekulanten von Tag zu Tag wächst, die wie Parasiten am Blute des deutschen Volkskörpers saugen. Durch die stetige Abwärtsentwicklung wird die Zahl der Arbeitskräfte, die in unproduktiver Tätigkeit im reinen Rechenwesen gebunden werden, von Tag zu Tag größer. Der Zustand des deutschen Finanzsystems — an dem die Stinnes und alle Besitzenden mitschuldig sind — verhindert nicht nur die größtmögliche Intensität und Produktivität der Arbeit im deutschen Wirtschaftsleben, er führt vielmehr dazu, daß die deutschen Arbeiter von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit immer gefährlicher bedroht werden.

Wer in dieser Lage auf die Frage nach dem Ausweg nur die stereotype Antwort „Mehrarbeit" gibt, der zäumt das Pferd beim Schwanze auf. Und wenn dieses anmaßende Diktum aus den Kreisen des führenden industriellen Scharfmachertums kommt, so muß es gewertet werden nicht allein als der Ausfluß von Einsichtslosigkeit und Beschränktheit, sondern zugleich als ein Ablenkungsversuch. Es ist bekannt, daß es in den Kreisen der Industrie mächtige Zirkel gibt, die auch heute noch durch ihre Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen die finanz- und währungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung systematisch und bewußt durchkreuzen. Um diese Sabotage zu verdecken, versuchen diese Kreise, jetzt die Aufmerksamkeit der politischen Parteien und vor allem der Arbeiterschaft von den gegenwärtig zur Erörterung stehenden finanz- und währungspolitischen Fragen ab- und auf die Frage des Achtstundentages hinzulenken. Das fehlte gerade noch, daß ausgerechnet die Saboteure aller zur Gesundung des deutschen Finanzsystems geeigneten Maßnahmen nun auch noch einen brutalen Angriff auf den Achtstundentag eröffnen.

Werden die gesamten Verbände der Großindustrie dem Kampfruf ihres Führers Stinnes folgen? Wenn ja, dann würden sie beweisen, daß sie das Chaos wollen. Denn daß die Arbeiterklasse es nicht mit ansehen wird, daß man die Arbeitslosigkeit noch steigert, dürfte wohl den Scharfmachern bekannt sein, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Arbeiter grundsätzlich nicht an der Errungenschaft des Achtstundentages rütteln lassen. Bei Strafe des Unterganges muß die Arbeiterklasse den Kampf für den Achtstundentag wie einen Kampf auf Leben und Tod aufnehmen. Die deutsche Wirtschaft würde also durch die schwersten Kämpfe erschüttert, wenn die Stinneslosung von den Wirtschaftsmachthabern insgesamt befolgt würde. Vielleicht aber wollen diese Scharfmacher in dem dann ausbrechenden Elend ihre Wirtschaftsdiktatur ausbauen und für alle Zeiten befestigen, weil sie fürchten, die Staatsgewalt könnte jetzt schließlich wieder stärker werden als sie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230910/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG